

Ich kann verstehen, dass Frauen sich in diesen Fragen nicht allein auf die Unterstützung der Männer verlassen wollen. Und selbstverständlich wäre es auch deshalb wünschenswert, wenn sich der stark zurückgegangene Frauenanteil im Deutschen Bundestag wieder erhöhte. Aber ich weiß auch: Das ist leicht dahingesagt. Und deshalb füge ich hinzu: Ich bin ebenso davon überzeugt, gleichzeitig dürfen sich Männer nicht länger in der Komfortzone ausruhen – viele tun es ja auch nicht –, denn Frauenrechte sind nicht die Sache von Frauen allein. Wenn wir die gläserne Decke sprengen wollen, müssen wir sie von beiden Seiten traktieren. Das ist jedenfalls meine Überzeugung. Und je mehr Männer auch mal die Perspektive der Frauen einnehmen, sie dezidiert unterstützen und die faire Beteiligung von Frauen eher als Bereicherung oder Ansporn betrachten, je näher werden wir dann auch der gewünschten Parität kommen.

Demokratie ist Überzeugungsarbeit. Frauen sind nicht immer die besseren Vertreterinnen der eigenen Sache und Männer nicht ihre natürlichen Gegner.

Ich wünsche mir an diesem 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts, dass wir alle erkennen, dass Frauenrechte unsere gemeinsame Sache sind und bleiben müssen.

Rede der Präsidentin des djb Prof. Dr. Maria Wersig

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, liebe Frau Büdenbender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen im djb,

für die Frauen in Deutschland ist es ein besonderes Jahr. Wir denken zurück an die Kämpfe der Frauen, die vor uns kamen. Wir freuen uns über das bereits Erreichte und den weiten Weg, den wir zurückgelegt haben. Als Frauen und Männer, als Gesellschaft, als Demokratie. Und wir schauen in die Zukunft.

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) wurde vor nunmehr über 70 Jahren gegründet, mit dem Ziel, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen. Viele der Probleme, die den Frauenrechtlerinnen vor 100 oder auch vor 70 Jahren noch auf den Nägeln brannten, sind inzwischen Geschichte. Zum Glück! Aber andere sind das nicht: Gleichstellung in allen Lebensbereichen ist noch längst nicht erreicht.

Ich freue mich sehr über diese Veranstaltung des Bundespräsidenten und Frau Büdenbender zum Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht gemeinsam mit dem Deutschen Juristinnenbund. Im Namen des djb danke ich Ihnen, Herr Bundespräsident und Ihnen, Frau Büdenbender, ganz herzlich, dass Sie diesem Jubiläum die Wertschätzung des Gedenkens geben und meinem Verband die Gelegenheit, daran mitzuwirken. Es ehrt den Anlass und uns.

100 Jahre Frauenwahlrecht – aber es gab noch nie ein paritätisch besetztes deutsches Parlament. Der Ausschuss der Vereinten Nationen, der über die Umsetzung der Frauenrechtskonvention wacht, hat im letzten Staatenberichtsverfahren darauf hingewiesen, dass Frauen im öffentlichen Leben und bei wichtigen Entscheidungen in Deutschland unterrepräsentiert sind. Die Gründe hierfür liegen nach Überzeugung des Ausschusses in

Geschlechterstereotypen und strukturellen Barrieren. Beides hindert Frauen an der gleichen Partizipation in der Politik, aber nicht nur in der Politik. Deutschland ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die gleiche Teilhabe von Frauen zu verwirklichen – sowohl nach Völkerrecht als auch nach dem Grundgesetz.

Formal gleiche Rechte genügen nicht – sie führen nicht automatisch zu gleichen Chancen und gleichen Entfaltungsmöglichkeiten. Das haben wir mühsam lernen müssen. Gleichberechtigung ist ein Versprechen, das eingelöst werden muss, täglich aufs Neue! Das aktive und passive Wahlrecht, von den Frauen vor 100 Jahren erkämpft, ist dafür Voraussetzung. Aber verbrieftete Rechte müssen auch gelebt werden können.

Dagegen wenden einige Männer ein (und auch manche Frauen): Die Frauen seien selbst schuld, sie müssten sich einfach mehr engagieren, zum Beispiel in politischen Parteien. Das ist eine reichlich ignorante Haltung. Die Realität ist: Frauen engagieren sich. Sie leisten 60% mehr an unbezahlter Arbeit als Männer. Ihr Engagement in politischen Parteien wird nicht selten von denen ausgebremst, die weniger engagiert sind. Schon wenn wir uns hier in diesem Saal umsehen, wird doch klar, dass angeblich fehlendes Engagement von Frauen keineswegs das Problem ist.

Vielmehr geht es um Macht. Wer den Frauen die Verantwortung für ihre strukturelle Benachteiligung zuschreiben will, dem geht es letztlich um die Verteidigung des Status Quo und die Verschiebung von Verantwortung. Aber das machen wir nicht mit. Offenbar muss sich in den Köpfen noch viel verändern. Warum ist Männerdominanz eigentlich häufig noch so selbstverständlich?

Die amerikanische Richterin und engagierte Frauenrechtlerin Ruth Bader Ginsburg antwortete auf die Frage, wann der Supreme Court endlich genug weibliche Richterinnen hat: „When there are nine“ – Wenn es 9 sind, sagte sie, also bei einer 100% Quote! Eine geniale Antwort, die offenkundig keine ernsthafte Forderung ist, aber doch diejenigen schockierte, die Jahrzehnte-lange Männerdominanz für ganz normal hielten. Die eigentlich noch nie akzeptabel oder gar gerecht war.

Der Maßstab für gerechte Staatlichkeit ist gleiche Teilhabe der Geschlechter. Gerade in der Politik muss das Ziel Parität sein! Denjenigen, die sagen, dass das nicht geht, möchte ich mit einer der Frauenrechtlerinnen der ersten Stunde, Hedwig Dohm antworten: „Glaube nicht, es muß so sein, weil es so ist und immer so war. Unmöglichkeiten sind Ausflüchte steriler Gehirne. Schaffe Möglichkeiten.“

Der Deutsche Juristinnenbund setzt sich dafür ein, dass wir auf Parität in den Parlamenten nicht noch weitere 100 Jahre warten müssen. Die Erfahrungen des Kampfes für gleiche Rechte und für gleiche Chancen zeigen uns, dass es ohne gesetzgeberische Maßnahmen wohl nicht gehen wird. Dabei reden wir hier nicht über Sonderrechte für Frauen. Es geht um die Demokratie, die nur wirklich funktionieren kann, wenn ihre geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln nicht diskriminieren. Unser Ziel ist Parität!

Weil wir Juristinnen sind und auch pragmatisch denken, haben wir im Vorfeld der heutigen Veranstaltung selbst Vorschläge vorgelegt – Vorschläge für erste Schritte, die ohne weiteres mit dem entsprechenden politischen Willen umsetzbar sind. Sie

setzen an beim Parteiengesetz und der Parteienfinanzierung. Wir werden die kommenden Monate dazu nutzen, gemeinsam mit allen daran Interessierten, Verbänden, Organisationen der Zivilgesellschaft und Parteien den Ruf nach Parität noch lauter werden zu lassen.

Der heutige Tag hier im Schloss Bellevue, die vielen Feiern und Veranstaltungen rund um das Jubiläumsjahr, die zahlreichen

Gäste, die dem Jubiläum hier die Ehre geben, und die vielen Frauen und Männer, mit denen wir uns gemeinsam für eine geschlechtergerechte Politik und das Ziel Parität einsetzen, machen mir Mut für die Zukunft. Die Welt, die wir uns wünschen, die müssen wir uns gemeinsam schaffen. Insofern danke ich allen, die sich dafür stark machen. Ich freue mich auf die nun folgende Lesung und Diskussionsrunde! Vielen Dank!

DOI: 10.5771/1866-377X-2019-2-52

Frauenpolitik ist Machtpolitik

Elke Büdenbender

Es waren mutige Frauen, die für Frauen das Wahlrecht erstritten haben. Vor einhundert Jahren – am 19. Januar 1919 – waren erstmalig auch Frauen an den ersten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen zum Parlament der ersten deutschen Republik beteiligt. Daran erinnern wir, das feiern wir in dieser Woche.

Noch im Mai 1918 war das Wahlrecht für Frauen im preußischen Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Das schweißte Frauenrechtlerinnen aus dem linken und dem bürgerlichen Lager zusammen. Mit Mut, Klugheit und großem Beharrungsvermögen erstritten in den Umbruchmonaten am Ende des ersten Weltkriegs Frauen gemeinsam die vollen staatsbürgerlichen Rechte für Frauen. Dabei wurden sie unterstützt von einigen, vorausdenkenden Männern. Im Januar 1919 schließlich durften sie wählen und sie durften gewählt werden. Erst damit waren auch sie Staatsbürgerinnen, *Citoyennes*, geworden, die gleichberechtigt an Staat und Gesellschaft mitwirken konnten. Erst damit wurde die Weimarer Republik zur ersten deutschen Republik, die „auf den wahrhaften Prinzipien der Demokratie“ gründete. Denn ohne Freiheit gibt es keine Demokratie, und echte Freiheit gibt es erst mit der Freiheit von Männern und Frauen.

Aber das ist historisch. 100 Jahre sind seitdem vergangen. Inzwischen sind wir Deutschen in der Zukunft angekommen. Unser Land hat in Ost- wie Westdeutschland große Politikerinnen erlebt: *Annemarie Renger, Hildegard Hamm-Brücher, Rita Süßmuth, Christine Bergmann, Regine Hildebrandt* und wird in der vierten Legislaturperiode von einer weltweit einflussreichen, hoch geschätzten und respektierten Frau regiert. Das aktuelle Bundeskabinett ist selbstbewusst weiblich und den zwei ältesten Parteien unseres Landes steht jeweils eine Frau vor. Auch in der Kunst, in der Kultur, in Wirtschaft und Wissenschaft unseres Landes gibt es bewundernswerte und erfolgreiche Frauen. Auch ich konnte erfahren, wie viel für Frauen in Deutschland möglich ist. Nach der mittleren Reife während meiner Ausbildung zur Industriekauffrau erfuhr ich große Unterstützung von Mentorinnen und Mentoren in der Gewerkschaft. Inspiriert und ermutigt durch sie machte ich Abitur und entschloss mich dann Jura

zu studieren und später Verwaltungsrichterin zu werden – ein Werdegang, der heute längst kein Einzelfall mehr ist.

Ja, für Frauen in Deutschland ist alles möglich. Und dennoch ist noch nicht alles erreicht. Die iure stehen Frauen gleichauf mit Männern, *de facto* tun sie es oft nach wie vor nicht. Von besonderer Symbolkraft ist der Frauenanteil im aktuellen Bundestag: Nach einem stetigen Anstieg auf zuletzt rund 36,5 Prozent sank er 2017 wieder auf rund 31 Prozent. Führungspositionen in allen Bereichen sind wesentlich häufiger von Männern besetzt, Frauen werden auch bei gleichwertiger Arbeit und Qualifikation schlechter bezahlt und das nicht nur unwesentlich. Gerade als Mütter stehen Frauen häufig vor besonderen sozialen Klippen, erleben einen Karriereknick oder sind mit Beruf und Familie doppelt belastet. Den Löwenanteil an unbezahlter Arbeit in familiärer Sorge und Pflege übernehmen Frauen. Sie entscheiden sich zudem vielfach für Teilzeit und häufig für soziale oder pädagogische Berufe, die geringer bezahlt und ungerechterweise auch weniger gesellschaftlich anerkannt sind. Und auch wenn viele das in der Schule, im Studium oder während der Berufsausbildung niemals für möglich gehalten hätten: Immer noch machen Frauen häufig die Erfahrung, dass der Beruf und das gesellschaftliche Leben, dass Karrierewege und Lebensgestaltung nach Spielregeln laufen, die Frauen nicht mitgestaltet haben. Und die, sicher auch deshalb, oft nicht mit ihren Lebensentwürfen, -vorstellungen und -träumen zu verbinden sind. Gleichberechtigung haben wir erreicht. Gleiche Teilhabe, echte Parität, noch lange nicht.

Das hat strukturelle Gründe, anders sind zum Beispiel die statistisch nachweisbaren Lohnunterschiede oder die geringere Teilhabe an Führungspositionen nicht zu erklären. Bekannt sind diese Phänomene schon lange, geändert hat sich wenig. Die Bundeskanzlerin hat Recht, wenn auch sie inzwischen Parität zum entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Ziel erklärt. Für mich heißt das: Der Gesetzgeber ist in der Verantwortung. Viele Frauen warten darauf und das schon viel zu lange.

Gleichzeitig möchte ich alle Frauen auffordern, sich weiterhin auch selbst für ihre Rechte einzusetzen. Ich möchte sie ermutigen, auch mal in den Ring zu steigen und einen Machtkampf auszufechten. Denn um nichts anderes geht es: Frauenpolitik ist Machtpolitik und Macht gibt keiner gerne ab, auch Männer nicht. Die Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts haben uns vorgemacht,